



Abschiebestopp für Opfer rassistischer Gewalt

Im vergangenen Jahr sind die Übergriffe sprunghaft um mehr als 30 Prozent gestiegen

Anlässlich der von der Opferberatung ezra vorgestellten Zahlen zu rassistischer und rechter Gewalt in Thüringen fordern die Flüchtlingspolitikerinnen der Koalition einen Abschiebestopp für Opfer rassistischer Gewalt. Die Übergriffe sind im Vorjahresvergleich sprunghaft um über 30 Prozent gestiegen. Damit hat es 2016 so viele rechtsmotivier- te und rassistische Gewalttaten gegeben wie seit dem Jahr 2000 nicht mehr.

„Bereits in der letzten Ausschusssitzung hatten wir das Thema ‘Bleiberecht für Opfer rassistischer und rechter Gewalt’ auf die Tagesordnung gesetzt. Derzeit bereiten wir einen Antrag an den Landtag vor, der einen Erlass für Opfer rechter und rassistischer Gewalt vorsieht“, so die Flüchtlingspolitikerinnen Sabine Berninger, LINKE, Diana Lehmann, SPD, und Astrid Rothe-Beinlich, Grüne. Laut Koalitionsvertrag setzt sich Rot-Rot-Grün für ein bundes einheitliches humanitäres Bleiberecht für Opfer rassistischer Gewalt ohne Aufenthaltsstatus ein und prüft eine Umsetzung in Landeskompentenz.

„Brandenburg ist vorangegangen. Wir wollen in Thüringen Opfern rechter und rassistischer Gewalt ebenfalls ein Bleiberecht gewähren. Damit wird eine der Lehren aus dem NSU-Untersuchungsausschuss gezogen und ein wichtiges Signal an die Täter derartiger Angriffe und deren Umfeld verbunden: dass ihrer politischen Zielsetzung ex-

plizit entgegengetreten und das Ziel der Vertreibung vereitelt wird. Unser Dank gilt den in der Opferberatung Tätigen, wie ezra, die Betroffene stützen und begleiten. Ihre Arbeit macht tagtäglich deutlich, dass wir niemals die Augen vor rechter und rassistischer Gewalt verschließen dürfen“, so die Flüchtlingspolitikerinnen.

Nur die Spitze des Eisbergs

„Der erneute Anstieg von mehr als 30 Prozent bei der Gesamtzahl von Fällen rechter Gewalt und eine Steigerung von über 90 Prozent bei rassistisch motivierten Übergriffen machen die brutalen Auswirkungen von völkischen und nationalistischen Einstellungen deutlich, die das Fundament dieser Attacken bilden. Auch mehr als fünf Jahre nach der Selbstenttarnung des NSU hat Thüringen ein gewaltiges Problem mit rechter Gewalt, dem die Landesregierung mit noch intensiveren Anstrengungen begegnen muss“, sagte Katharina König, Sprecherin für Antifaschismus der Linksfraktion.

2015 zählte Ezra bereits 121 Fälle rechter und rassistischer Gewalt in Thüringen mit 196 Betroffenen, 2016 sind es nun über 160 Angriffe mit 277 Betroffenen. „Das ist nur die Spitze des Eisbergs, das Dunkelfeld dürfte noch größer sein. Die Kritik der Opferberatung, wonach Polizeibehörden bislang nur unzureichend auf die Beratungsangebote hinweisen, muss die Landesregierung ernst nehmen, die

Zusammenarbeit und den Austausch verbessern“, so die Abgeordnete. Ezra hatte beklagt, dass von 180 BeratungsnehmerInnen nur drei Opfer von rassistischen und rechten Straftaten beim Kontakt mit der Polizei über das Beratungsangebot informiert wurden. Auch die bemängelte unzureichende Beantwortung parlamentarischer Anfragen durch das Innenministerium zu rechter und rassistischer Gewalt müsse abgestellt werden, damit ein präzises Bild über das Ausmaß rechter Gewalt möglich werde.

„In dem aktuellen gesellschaftlichen Klima, befeuert durch Hatespeech in sozialen Netzwerken und Hassreden von bezahlten Thüringer AfD-Mandats-trägern in Brauhäusern und auf Demonstrationen, werden vor allem Geflüchtete und ihre Unterkünfte immer mehr zur Zielscheibe von Angriffen in Thüringen“, so Katharina König, die sich auch auf parlamentarische Anfragen der Linksfraktion bezieht.

2015 wurden nach Kenntnis des Innenministeriums in den ersten drei Quartalen insgesamt 37 Unterkünfte von Geflüchteten angegriffen, davon können 23 eindeutig der politisch motivierten rechten Kriminalität zugeordnet werden. Im selben Zeitraum stiegen 2016 die Übergriffe auf 46 an. Auch die kürzlich auf eine Anfrage der LINKE-Bundestagsfraktion veröffentlichten Zahlen sind besorgniserregend: 2.545 Angriffe auf Geflüchtete und 988 auf ihre Unterkünfte bundesweit im Jahr 2016.

KOMMENTIERT:

von Karola Stange

Rentenungerechtigkeit

Die Bundesregierung hatte sich in einer Anhörung am 22. Februar den Fachfragen des UN-Frauenrechtsausschusses zu ihrer Gleichstellungspolitik gestellt. Die Anhörung bildete einen zentralen Bestandteil des regulären Überprüfungsmechanismus zur Umsetzung des „Abkommens zur Beseitigung jeder Form der Diskriminierung der Frau“ (CEDAW), das die Bundesrepublik Deutschland als verbindliches Menschenrechtsabkommen anerkannt hat. Der UN-Ausschuss hat u.a. einen Ausgleichsfonds zugunsten von in der DDR geschiedenen Frauen – etwa 300.000 Betroffene in Deutschland – gefordert.

Seine Einschätzungen zeigen, dass nach den menschenrechtlichen Maßstäben der UN eine massive Diskriminierung vorliegt. Diese soll durch die Schaffung eines steuerfinanzierten Ausgleichsfonds beseitigt werden. Es geht hier um den notwendigen Nachteilsausgleich für eine Ungerechtigkeit im Rahmen der Zusammenführung der Sozialversicherungssysteme.

Hintergrund ist, dass im Rahmen der Zusammenführung der Sozialversicherungssysteme von DDR und BRD keine Angleichung beim Versorgungsausgleich für Frauen erfolgte, die nach 1977 geschieden wurden. Frauen, die damals in der BRD lebten, haben Anspruch auf einen rentenrechtlichen Versorgungsausgleich bei Scheidung, DDR-Frauen nicht. Begründet wird dies damit, dass es in der DDR zu diesem Zeitpunkt und dann bis 1990 keinen solchen Versorgungsausgleich gab.

An diesem Problem werden erneut Ungerechtigkeiten bei der Rentenüberleitung deutlich. Denn andersherum wurden in entscheidenden Punkten, wie bei der Invalidenrente oder der Mindestrente, die im Vergleich zur BRD günstigeren Regelungen nicht mit überführt und auch die mögliche Angleichung beim Versorgungsausgleich wurde zuungunsten der Betroffenen aus der DDR geregelt. Es ist daher dringend geboten, nun die deutliche politische und rechtliche Positionierung der UN ernst zu nehmen und entsprechende gesetzliche Regelungen für einen Ausgleichsfonds auf den Weg zu bringen.

Das wäre ein wichtiger Schritt, um die noch immer offenen Baustellen der Rentengerechtigkeit zwischen Ost und West endlich zugunsten der Betroffenen zu regeln.

AKTUELL

Koalitionsfraktionen auf Thüringen Ausstellung

Mit einem gemeinsamen Stand in Halle 1 und vielfältigem Informationsmaterial sind die Koalitionsfraktionen des Thüringer Landtags LINKE, SPD und Bündnis 90/Die Grünen zur Thüringen Ausstellung in Erfurt vertreten. Bereits am Eröffnungstag, am 4. März, war der Andrang groß und die Abgeordneten (im Foto der LINKE Landespolitiker Knut Korschewsky und Wahlkreismitarbeiterin Annett Schuster) sowie die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Fraktionen hatten alle Hände voll zu tun.

Die 27. Thüringen Ausstellung, Thüringens größte Verbrauchermesse, findet noch bis zum 12. März in der Erfurter Messe statt. Auf 28.000 Quadratmetern präsentieren mehr als 740 Aussteller ihr Angebot. Zehn Sonderschauen setzen eigene



Schwerpunkte. Außerdem sorgen die Thementage für tägliche Höhepunkte. Hinzu kommen Messen in der Messe, so die Ignition – Die Gründer- und Un-

ternehmermesse (7./8. März) und die Thüringer GesundheitsMesse am Abschlusswochenende (11./12. März).

Foto: Andreas Schuster